

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1870

12.7.1870 (No. 159)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 151.

Ersteins täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 fl. 18 kr., durch die Post be-
tragen 1 fl. 23 kr. vierteljährlich.

Dienstag, 12. Juli

Insertionsgebühr:
Die gespaltene Zeile oder deren
Raum 5 Kreuzer.

1870.

Zur Tagesfrage.

† Karlsruhe, 11. Juli. Von der guten Meinung Franzosen gegen Deutschland, die in der letzten Pariser Korrespondenz dieses Blattes betont wird, können wir nur mit Achselzucken reden hören. Dieselbe soll uns vom Reibe bleiben; denn — von den alten geschichtlichen Erfahrungen abgesehen — wenn anders verdammt Deutschland seinen heillosen Zustand seit 1866 am meisten, als dem Franzosenkaiser, mit dem Graf Bismarck die Sprengung des deutschen Bundes zettelte?! — Die heißblütigen Wallungen in den Pariser Kreisen, welche dort ansteckend zu sein scheinen, sollen und können uns nicht mit fortreißen; vielmehr haben wir nöthig, recht sehr zu bangen vor diesem wilden Feuer, und ihm eine kalte Stirne entgegenzusetzen. Wohl greift man mit der herausfordernden Sprache Preußen und nicht namentlich Deutschland an, und Preußen wird als Preußen die Ehrensache Deutschlands auszufechten haben, heute oder ein anderes Mal; allein wir befinden uns in Mitleidenschaft, und jeder Streich, der gegen Preußen geführt wird, trifft auch uns, d. h. das nichtpreussische Deutschland. Deswegen haben wir auch Ursache, es für hoch-beklagenswerth zu finden, daß durch eine Politik, auf welche die deutsche Gesamtnation keinen Einfluß üben kann, die eiferfüchtigen Nachbarn in die jetzige Aufregung versetzt wurden. — Heute, Montag, erwartet man in Paris das Eintreffen der preussischen Erklärung. Dasselbst gehen die Wogen der Erbitterung und Kriegslust fortwährend sehr hoch. Im Senat hat man die Kandidatur des hohenzoller'schen Prinzen ebenfalls zum Gegenstand von Interpellationen gemacht, deren Beantwortung von Ollivier auf nächsten Freitag angefragt wurde. Senator Brenier beglückwünschte in der Sitzung vom Freitag die Regierung, „daß sie der früheren Politik entsagt und die Fahne Frankreichs wieder aufgerichtet habe.“ (!) Er fragte: ob die im gesetzgebenden Körper gesprochenen Worte die Bedeutung haben, daß der Kaiser nicht ohne fremden Beistand den Krieg erklären könne. Ollivier bemerkt auf eine Interpellation Belisle's bezüglich des Anerbietens der spanischen Krone: die Regierung glaube heute nicht in kurzen Worten eine so ernste Frage beantworten zu können; sie begnüge sich mit der Erklärung: ihr höchster Wunsch sei darauf gerichtet, unter Wahrung der Ehre und der Bestrebungen der Nation kräftigst für Aufrechterhaltung des Weltfriedens Sorge zu tragen.

Preussischer Seite wird bis jetzt — obwohl man allen Grund hätte, in Leidenschaft aufzudrausen — dem drohenden Poltern gegenüber äußerste Ruhe und Mäßigung an den Tag gelegt. Die Offiziere finden es unbegreiflich, wie man in Paris sich so sehr darüber erhitzen könne, daß und wenn die Spanier endlich einen sicheren Kandidaten für ihren Königsthron gefunden. Die „N. A. Z.“, das Organ des Grafen Bismarck, führt aus, die Entscheidung hänge von den

Cortes ab, nicht von den Wünschen und Befürchtungen des Auslandes. Man sehe in Berlin (die „N. A. Z.“ sagt: die deutschen Regierungen) Spanien als selbstständigen Staat an, in dessen innere Angelegenheiten zu mischen man sich weder ein Recht zuspreche, noch auch Rath oder Anregung zu geben den Beruf habe. So denke auch das deutsche Volk, an dessen Weisheit zu appelliren kein Grund vorliege. In Betreff Deutschlands könne nicht von einer Macht gesprochen werden, welche den Spaniern einen König aufzwingen wolle. Die Weisheit des spanischen Volks hingegen sei durch die Cortes repräsentirt und habe hier allein zu reden. Deutschland habe sich neutral zu verhalten und werde sich neutral verhalten; wolle man anderswo eine andere Stellung einnehmen und auf die Entscheidung der Frage bestimmend, drohend, zwingend einwirken, so möge man es versuchen. „Wir unsererseits lassen die Hände davon.“ Gleiches äußert sich auch die „Kz. Ztg.“ Hiezu fehlt nun nur, daß das Alles in Paris, wo man augenscheinlich Handel sucht, geglaubt und respektirt wird. Die „France“ weist die Behauptung zurück, daß das Berliner Cabinet der Hohenzoller'schen Angelegenheit fremd sei, und sagt: Es ist in Wahrheit eine von Prim und Bismarck geschmiedete diplomatische Verschwörung. Die französischen Staatsmänner sollen, wie man sagt, Kenntniß davon haben, daß die bezüglichen Verhandlungen zwischen Prim und Vertrauenspersonen des Bundeskanzlers schon in der ersten Hälfte des April stattgefunden, in Folge deren der Fürst von Hohenzollern nach Berlin eingeladen worden, der auch daselbst am 20. April mit seinem Sohne eingetroffen sei und am Tage darauf eine Unterredung mit dem Könige und dem Grafen Bismarck gehabt habe. Gleich nach dieser Unterredung wäre sodann Herr von Kessel, der Vertraute des Bundeskanzlers, über Wiesbaden nach dem südlichen Europa abgereist. Wichtig ist nun jedenfalls, daß die französischen Staatsmänner sich fest überzeugt halten, die Annahme der Kandidatur durch den Prinzen von Hohenzollern sei mit Vorwissen und Zustimmung des Grafen Bismarck erfolgt. Daraus erklärt sich auch die fortgesetzte Heftigkeit der Auslassungen gegen Preußen. Die „France“ schließt den oben berührten Artikel: „Beseitigen wir also jede Ausflucht. Wenn Preußen, nach Durchkreuzung seiner Pläne, dieselben desavouirt und sich hinter dem Vorwand des Nichtwissens birgt, so ist es gut, daß alle Welt wisse, daß es einfach vor den Folgen seines Ehrgeizes zurückweicht an dem Tage, wo Frankreich, der Sache müde, sich vor ihm aufrichtet.“

An neueren Nachrichten über den Stand der Dinge sind zu melden: Ein Pariser Telegramm vom 9. d. besagt, die französische Regierung hoffe zuversichtlich, eine Ablehnung der spanischen Krone von Seiten des Prinzen Leopold werde den Zwischenfall beenden. Die „Opinion“ brachte vom 8. d. aus Florenz das Gerücht, diese Ablehnung sei bereits erfolgt. Aus Ma-

brid vom 7. d. wird telegraphirt: Die Nachrichten aus Paris haben hier lebhaften Eindruck gemacht. „Tiempo“ kündigt für nächsten Sonntag eine große Manifestation gegen die fremde Kandidatur, unter dem Rufe: Es lebe Spanien! an.

Zu den kriegerischen Symptomen gehört auch das vom „Temps“ erwähnte Gerücht, daß die Regierung beabsichtige, im Senat, wo jetzt das Gesetz über das Rekrutenkontingent von 90,000 Mann vorliegt, ein Amendement zu stellen, wonach in diesem Jahre 140,000 Mann aufgerufen werden sollen. Der „Français“ will wissen, der Kriegsminister werde im gesetzgeb. Körper einen Kredit zum Ankauf von Fourrage verlangen. Dasselbe Blatt meldet: Es herrscht die größte Thätigkeit in den Bureau des Kriegsministeriums.

Das aus Marseille durch die Agentur „Havas“ veröffentlichte Telegramm, wonach in Toulon der Befehl eingetroffen ist, sechs Transportschiffe auszurüsten, trägt an sich keinen besorgnißerregenden Charakter. Sechs Transportschiffe können etwa 6 Bataillone aufnehmen. Der kaiserlich französische Botschafter Benedetti ist am 8. d. Abends von Wildbad in Ems angekommen. Hr. Benedetti, sowie Frhr. v. Werther wurden am 9. zur königl. Tafel gezogen.

Die Hoffnungen auf gütliche Beilegung sind schwache, denn die Ursachen des Konfliktes gründen offenbar tiefer als außerhalb der Kabinettsgeheimnisse bekannt sein kann.

Ein Pariser Korrespondent der „N. A. Z.“ erinnert unter'm 5. d. sofort daran, daß er der Erste war, der kurze Zeit nach der September-Revolution von 1868 in der „Allg. Ztg.“ die Nachricht verkündigen konnte: jener Fürst (Prinz Leopold von Hohenzollern) sei von den leitenden spanischen Staatsmännern als Nachfolger der Königin in Aussicht genommen, und daß er seit-her mehrmals wiederholte: seine Kandidatur sei nicht aufgegeben, sondern diejenige, welche unter allen aufgestellten am meisten Aussicht zu haben scheint.

Wie der „Indep.“-Corresp. unter dem 8. d. meldet, soll der Marschall Mac Mahon nach Paris berufen sein und der Gen. Palicao die Weisung erhalten haben, sich nicht von da zu entfernen. Offiziere und Soldaten sind zu den Fahnen berufen.

Hr. Dlozoga überreichte dem Herzog von Grammont eine Note der spanischen Regierung, worin die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern über die Einberufung der Cortes auf den 22. d. angezeigt wird. Hr. v. Grammont bemerkte, daß die Antwort darauf schon in seiner Erklärung vom 6. d. gegeben sei. Selbstverständlich finden fortwährend Konferenzen der verschiedenen auswärtigen Repräsentanten unter sich und mit dem Herzog von Grammont statt. Bei einer solchen Unterredung soll letzterer erklärt haben: daß Frankreich die Wahl der spanischen Nation in keiner Weise zu beschränken gedenke. Möge dieselbe den Herzog von Montpensier oder Serrano oder einen englischen oder italienischen Prinzen oder Prim selbst zu ihrem Könige

Verschiedenes.

Karlsruhe, 7. Juli. Die k. österr. Regierung hat beschlossen, im Frühjahr 1873 in Wien eine internationale Ausstellung von Erzeugnissen der Landwirtschaft, der Industrie u. der bildenden Künste zu veranstalten und rechnet auf entsprechende Theilnahme des Auslandes. Es wird für die betreffenden Kreise der badischen Bevölkerung — wie für den Erfolg des Unternehmens — von Werth sein, hievon schon jetzt vorläufig Kenntniß zu erhalten. Wir werden später in der Lage sein, eingehendere Mittheilungen nachfolgen zu lassen.

Auf die Anzeige, daß sich zur Linderung der Noth in dem von schwerem Brandunglück heimgesuchten Orte Mambach Hilfskomitee gebildet und ihre Thätigkeit bereits mit Erfolg begonnen haben, wurde von großh. Handelsministerium die kraftfreie Besichtigung aller dorthin bestimmten und als solche im Frachtbrief bezeichneten Unterstützungsgegenstände auf dem ganzen Gebiet der badischen Eisenbahn genehmigt. (Kz. Z.)

Eppingen, 5. Juli. So eben erfahren wir, daß in der Nähe des etwa 2 Stunden von hier entfernten Ortes Tiefenbach der dortige sehr vermögliche Landwirth und Jagdpächter Josef Schöll gestern Abend erschossen aufgefunden wurde. Ob ein Verbrechen oder ein Selbstmord vorliegt, ist uns nicht bekannt.

Kehl, 6. Juli. (K. G.) Gestern Vormittag erhängte sich eine Gesslerin in einem hiesigen Privathause, woselbst sie vor kurzer Zeit mit einem Manne eine Wohnung gemiethet hatte. Beide lebten, wie sich jetzt herausstellte, in ungesetzlicher Verbindung

und waren ihren Familien im Elsaß, woselbst sie Beide verheirathet waren, in verbrecherischer Weise entflohen. Der Begleiter dieser Frau war vor einigen Tagen in seine Heimath zurückgekehrt. Reue und Verzweiflung trieb sie wohl zum Selbstmord. Wenige Stunden hernach kam ein Brief aus ihrer Heimath, worin ihr die Wiederannahme in die Familie von ihrem Gatten angeboten war.

Oberried, A. Freiburg, 5. Juli. (Breisg. Ztg.) Gestern Nachmittag wurde ein Mann auf der nahen Landstraße todt aufgefunden. Ein Schlagfluß mag die Ursache des Todes gewesen sein. Er war im Besitze von etwa 8 fl. Geld und nach den bei ihm gefundenen Papieren von Waldkirch gebürtig.

Konstanz, 6. Juli. Gestern Nachmittag stürzte sich ein vornehm geleiteter Herr, der mit dem Dampfboot von Ueberlingen hier ankam, sogleich vom Hafendamm in den See; man holte ihn alsbald heraus und er fuhr mit demselben Dampfboote nach Friedrichshafen weiter. Was das Motiv seiner Handlung gewesen sein mag, wurde nicht ermittelt. Begleitet war der Herr von einer Dame, die sich nach der Katastrophe seiner annahm.

Berlin, 4. Juli. (Köln. Z.) Der berühmte Augenarzt Geh. Medizinalrath Professor Dr. v. Graefe befindet sich leider in einem sehr bedenklichen Zustande, in Folge dessen er Berlin auch noch nicht verlassen hat. Seine Thätigkeit hat er einstellen müssen und in der Klinik vertritt ihn der Privatdozent Dr. Leber. Jedenfalls muß er alle Anstrengung vermeiden.

Koblentz, 6. Juli. Heute treffen, wie die „Kobl. Ztg.“ er-

fährt, sämtliche Direktoren der deutschen Eisenbahnen zu Konferenzen hier ein, die morgen beginnen und bis zum 13. d. dauern sollen.

Stuttgart, 7. Juli. (D. B.-Bl.) Das Ergebnis der kath. Kirchenbau-Lotterie kann zwar noch nicht genau angegeben werden, stellt sich aber jetzt schon als ein ganz erfreuliches heraus. Es berechnet sich fast auf 64,000 fl. Aus den Loosen, welche nicht mehr verkauft wurden, gewann der Verein 4570 fl. 30 kr. Im Ganzen wurden 245,800 Lose à 35 kr. verkauft. Die Einnahmen betragen etwa 14,500 fl.

Lüdingen, 6. Juli. (D. B.-Bl.) Gestern Abend beging die katholische Studentenverbindung „Guesphalia“ ihr Stiftungsfest mit festlichem Kommerz im Museum. Außer einer Zahl Professoren, Repetenten und kathol. Bürgern von hier waren Gäste aus München, Innsbruck und eine Zahl in Würden stehender ehem. Mitglieder der Gesellschaft aus dem nahen Zollernlande erschienen. Zahlreiche Telegramme und Glückwunschkarten waren, zum Theil aus weiter Ferne, eingetroffen, mit dem Wunsche, die Gesellschaft möge wachsen und gedeihen. Diesem Wunsche schließen auch wir uns an.

Paris, 4. Juli. Soeben ist der erste Band eines chinesisch-französischen Wörterbuchs erschienen, das einen Missionar, Hrn. Berny, zum Verfasser hat. Derselbe arbeitet seit langen Jahren daran, und hat sämtliche 80,000 chinesische Schriftzeichen selbst gezeichnet und geschnitten. Ein wahres Meisterwerk der geduldrigen, ausdauernden Gelehrsamkeit. Früher schon hatte ein französischer Geistlicher, Hr. Léon Pags, das erste japanische Wörterbuch geschrieben. (N. P.-Z.)

nehmen: Frankreich werde nichts dagegen haben; aber es könne nicht mit derselben Indifferenz die Thronbesteigung eines Prinzen dulden, den nichts empfehle, weder seine persönliche Stellung, noch seine Talente, noch seine hervorragenden Dienste, und dessen einziger Titel sein Preußenthum sei. „Das wäre ein feindliches Banner, das man an unsern Grenzen aufpflanzen würde; eine fortwährende Drohung Preußens gegen Frankreich. Könnten wir eine solche Beleidigung dulden?“ Weiter soll der Herzog geäußert haben: Er hoffe, der Prinz von Hohenzollern werde eine von preussisch-spanisch-französischem Blute gefärbte Krone nicht auf sein Haupt setzen.

Der „Gaulois“ will die Entdeckung gemacht haben, daß die hohenzollern'sche Kandidatur hauptsächlich durch die Prinzessin von Flandern, die Schwester des Prinzen Leopold, eingefädelt worden sei. Indeß bestätigt die „France“ diese Nachricht, indem sie beifügt, daß der König von Belgien selbst, bei seinem kürzlichen Aufenthalt in England, für das betreffende Projekt gewirkt habe, — natürlich nur in eigenem Namen und ohne Mitwissen oder Mitwirken seines Ministeriums. Man versichert, Belgien habe auf die spanische Notifikation von der Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern eine zustimmende Erwiederung gegeben. Die offiziöse „Italie“ schreibt: „Es ist schwer, sich zu verhehlen, daß das Übergewicht Preußens das europäische Gleichgewicht zu erschüttern droht, und nicht ohne Schauern sieht man die außergewöhnliche Entwicklung dieser Nation seit Sadowa. . . Die Sache ist ernst und verdient ernsthafte Erwägung. Einen Fuß hat Preußen an der Ostsee, den anderen am Bosphorus; es befehlt im Orient und Occident, und heute hat es sein Augenmerk auf Spanien gerichtet.“ Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß man allerhand von französisch-italienischen Verhandlungen munkelt. Prinz Napoleon wird in der That in Florenz erwartet.

Karlsruhe, 11. Juli. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: „Ehe wir zur Besprechung der brennenden Tagesfrage, der hohenzollern'schen Kandidatur um den spanischen Thron übergehen, müssen wir einige Bemerkungen vorausschicken, in denen wir das resumieren wollen, was aus der gegenwärtigen Lage als allgemeines Ergebniß zu resultieren scheint. Der jähe, unvermittelte Wechsel aus tiefstem Frieden zu intensivster Kriegesangst mit den schweren materiellen Opfern, welche ein so unvermittelter und unvorhergesehener Umschlag mit sich bringt, ist, wenn nicht direkt — was wir noch nicht zu beurtheilen vermögen — so doch indirekt das Werk Preußens. Es handelt sich bei der ganzen Angelegenheit unzweifelhaft um eine jener krankhaften Zustände, wie sie seit dem Tage von Sadowa periodisch Europa von einem Ende bis zum anderen zu durchsitzen pflegen. Weil es trotz aller offiziellen Phrasen und Lügen von nationalem Beruf und ähnlichen schönen Dingen für jeden mit Ausnahme der wenigen ehrlichen Nationalliberalen in und außerhalb Preußens auf der flachen Hand lag, daß der unselige Krieg von 1866 lediglich und allein im egoistischen Interesse der hohenzollern'schen Hausmacht von langer Hand her ins Werk gesetzt worden sei, weil er nur dieser und keineswegs wirklich national-deutschen Streben zu Gute kam — darum entstand jene eifersüchtige dynastische Empfindlichkeit, welche Europa unter dem von Tag zu Tag unentraglicher werdenden Drucke des bewaffneten Friedens langsam dahinsinken läßt. Wie es sich im Jahre 1866 lediglich um dynastisch-hohenzollern'sche Interessen handelte, für die man leider die misera contribuens plebs zu begeistern wußte, die schließlich stets mit Geld und Blut die ganze Zechen zahlen muß, so verhält es sich auch im gegenwärtigen Augenblicke mit der spanisch-hohenzollern'schen Kandidatur. Die erste Pflicht aller Derjenigen, welche ein Herz für das Wohl der Völker haben, ist es daher, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß nicht wiederum künstlich die Achiver in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn die Könige zu sündigen Lust und Anlaß haben. Vor allem scheint es daher geboten, die vorliegenden Tagesnachrichten, welche wie immer bei ähnlichen Gelegenheiten, vielfach unklar und unter sich im Widerspruche stehen, mit kühlster Ruhe zu prüfen, die in Betracht kommenden allgemeinen Verhältnisse mit größter Objektivität zu würdigen. Liegt, so fragen wir, nachdem dies vorausgesetzt worden, in Wirklichkeit der spanischen Kandidatur des Hohenzollern eine gegen Frankreich gerichtete Intrigue Bismarck's zu Grunde, für die er ohne Weiteres bereit ist, die militärischen Kräfte Preußens, resp. Norddeutschlands einzusetzen? — Hat — was dabei mit entscheidend ist, der König von Preußen im Einverständnisse mit dem Kanzler des norddeutschen Bundes dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die hausgesetzliche Einwilligung zur Annahme der spanischen Krone gegeben? Wir können dies nicht wissen, da die Nachrichten darüber im vollsten Widerspruche stehen. Und doch wird es vor allem notwendig sein, darüber Klarheit zu haben, ehe man den denunciatorischen Erklärungen des Herzogs von Grammont irgend eine Berechtigung zu-

gestehen kann. Man wird, so lange dieser Punkt nicht vollständig festgestellt ist, in Berlin stets in der Lage sein, sich officiell den Anschein striktester Neutralität zu geben und bei einer übereilten Aktion von Seiten Frankreichs den nicht zu unterschätzenden Vorteil haben, als der Angegriffene dazustehen. Das officielle Nichtbetheiligtsein ist es, was wir als die günstige Situation Preußens in dieser Angelegenheit ansehen und gerade um dieser Stellung Preußens willen möchten wir neben anderen Erwägungen auch das Parteiinteresse als drängendstes Motiv bezeichnen, das uns einem Kriege entgegenarbeiten heißt, der die nationalen Instinkte der gutmüthigen Deutschen so überaus leicht wieder zum Spielzeuge dynastisch-frivoler Interessen zu machen im Stande wäre. Darum halten wir darauf, die Verhältnisse mit möglichst großer Kühle zu betrachten. Ob Napoleon von dem Drängen der öffentlichen Meinung Europa's zurückzuweichen gezwungen wird, oder ob das von einer Bismarck'schen Intrigue geführte Preußen zurückrufen muß, ist uns durchaus gleichgültig. Eine hohenzollern'sche Kandidatur in Spanien hat aber besonders in dem Augenblicke, wo den neuesten Nachrichten aus Bucharest zufolge der Thron Karol's im Zusammenbrechen begriffen ist, etwas so kindlich Irrationales, daß wir die drohenden Erklärungen Frankreichs beim besten Willen nicht aus dem vorliegenden Faktum, sondern lediglich aus der allgemeinen Verbissenheit und Gereiztheit der Dupes von Sadowa gegen den Sieger von Königgrätz zu erklären vermögen. Was die heutige Lage der Dinge anbetrifft, so kann man leider nicht sagen, daß dieselbe an Spannung verloren habe. Wenigstens sind keine direkten Anzeichen vorhanden. Ein indirektes Symptom dafür, daß diplomatische Verhandlungen über die Angelegenheit im Zuge sind, liegt vielleicht darin, daß die Beantwortung der Interpellation der Senatoren Brenier und Delisle auf den nächsten Freitag vertagt worden ist.

5. Von der Kinzig, 5. Juli. Die Volkspersammlung in Gengenbach dürfte als ein erfreuliches Ereigniß für die kathol. Volkspartei in deren Hauptorgan einer eingehenderen Besprechung würdig sein. Die Vorbereitungen des Comité's wurden, wie z. B. ein gegnerisches Blatt klagte, ziemlich geheim und ohne vielen Lärm getroffen. Noch 3 Stunden vor der Versammlung waren in Gengenbach keine ungewöhnlichen Gäste zu sehen und zweifelte man vielfach, ob die Versammlung wirklich abgehalten werden würde. Da zog auf einmal die Musik von Reichenbach von oben, die von Ortenberg von unten, beide schon in Begleitung einer guten Anzahl auswärtiger Teilnehmer, zur Eisenbahn, wo das Comité die mit dem 1 Uhr-Zuge erwarteten Gäste des oberen Kinzigtals begrüßte. Es erschienen viele Hunderte aus den Bezirken Wolfach, Haslach und Zell. Als inzwischen dazwischen die Wagen und Chaisen voll Teilnehmer und die Landleute der näheren Umgebung zu Fuß in die Stadt eingezogen waren, da füllte der zum 2 1/2 Uhr-Zug veranstaltete Festzug (vor welchem die originelle, reich verzierte wandelnde Tribüne mit der Rednerkanzle hergeführt) bereits die ganze Hauptstraße, so daß eine momentane Stockung eintrat, als die wackeren Wind-schläger mit ihrer Fahne, die Griesheimer etc. mit einem lebhaften Hoch begrüßt, dem Festzuge entgegenkamen. Nachdem auch der 1/2 3 Uhr-Zug 400—500 Teilnehmer gebracht hatte, ging es direkt auf den naheliegenden Festplatz. Im Nu war die Tribüne von 2000—3000 Teilnehmern umdrängt, so daß den Ordnern unmöglich wurde, alle Frauenszimmer fernzuhalten. Hr. Beneficiat Knecht hatte es übernommen, die Versammlung im Namen des Comité's zu begrüßen. Er hieß die Teilnehmer aus nah und fern willkommen, versicherte, daß die Bewohner Gengenbach's der überwiegenden Mehrheit nach der Versammlung ihre Sympathien entgegenbringen und daß bei dem gesunden Sinne der dazigen Bürgerschaft keinerlei Störungen zu befürchten seien. Im konstitutionellen Staate gelte nur jene Partei etwas, welche sich rühre und sich ihren Anteil am politischen Leben wahre. Hierin allein schon liege die Berechtigung der Versammlungen der katholischen Volkspartei; überdies tragen derartige Versammlungen zur politischen Bildung und Aufklärung des Volkes und zur Eingewöhnung in das konstitutionelle Staatsleben bei, an welcher es noch so vielfach fehle. Der Vorschlag, Hrn. Anwalt Marbe von Freiburg das Präsidium zu übertragen, wurde mit lebhaftem Beifall genehmigt, Herr Marbe ernannte Herrn Kaufmann Beckmann von Gengenbach zum Vicepräsidenten und erteilte sofort dem Hrn. Abg. Dekan Lender das Wort. Ein tausendstimmiges Hoch begrüßte den wackeren Kämpen der Volkspartei, als er die Rednerbühne betrat. Nachdem Hr. Lender einleitend auf die Erinnerungen hingewiesen, welche ihn an Gengenbach binden (Primiz, pastorale Thätigkeit), erklärte er, heute nicht in seiner Eigenschaft als kathol. Priester, sondern als Abgeordneter sprechen und das Programm der katholischen Volkspartei erläutern zu wollen. Die kathol. Volkspartei will, führte der gewandte Redner aus, die Größe des Vaterlandes; sie kann diese aber nicht im baldigen Anschluß an den

norddeutschen Bund finden, denn dieser ist noch nicht fertig, ist in sich noch nicht konsolidirt, da die Frankfurter, Hannoveraner, Hessen, Sachsen noch heute so gefant sind, wie 1866. Sie sind nur mit Widerstreben im norddeutschen Bund. Als Piemont annerbt, als Savoyen zu Frankreich geschlagen wurde, da habe man doch noch das Volk befragt; bei den preussischen Annerktionen sei das nicht geschehen. Die Fortschrittspartei in Preußen verlange in ihrem Wahlprogramm selbst freiheitliche Ausbildung der Verfassung, Bismarck aber erkläre die Militärverfassung für die unantastbare Grundlage der Verfassung. Den Beamten etc. gönnte Redner gern den Eintritt in den norddeutschen Bund, wenn nur nicht das Volk mit müßte; jene würden dort lernen, gute Süddeutsche zu sein. Ohne die Württemberger und ohne Bayern wollen wir Badener nicht in den Nordbund und ohne die 9 Millionen deutschen Brüder in Oesterreich, können wir uns kein großes, einiges Deutschland denken.

Zweitens wolle die kathol. Volkspartei die Freiheit. Freilich stelle man die kirchentreuen Katholiken als Gegner jeder Freiheit hin, aber in Preußen wisse man, daß ein Katholik gut katholisch und doch freisinnig sein kann. Das beweise der einzige Walbeck, dieser Führer der preussischen Fortschrittspartei, dessen Leichenbegängniß in Berlin mehr als hunderttausend Leidtragende begleitet haben, dieser freisinnige Walbeck sei ein ganz guter, gläubiger kathol. Christ gewesen. (Walbeck pflegte, wie Referent bei dieser Gelegenheit anmerken will, täglich die heil. Messe zu hören und fleißig die heil. Sakramente zu empfangen. Mögen sich das unsere kleinen Geister, deren ganze Freisinnigkeit im Schimpfen über Kirche und kirchliche Einrichtungen besteht, die nie freisinniger zu sein wagen, als Excellenz ihnen erlaubt, und die aus purem Freiheitsfinne das „stramme“ Regiment lobhudein, hinter die Ohren schreiben!) Allerdings habe es Zeiten gegeben, in welchen kirchliche Personen die Schleppträger freiheitsfeindlicher Regierungen gewesen seien, aber was Personen verschuldet haben, darf man nicht der Kirche und deren Verfassung zuschieben. Gott sei Dank, daß die kathol. Kirche in ein anderes Verhältnis gekommen ist!

Wir, die kathol. Volkspartei, wollen die Freiheit für Alle. a) Für die Familie. Nicht Staats-schulmonopol, sondern Unterrichtsfreiheit! Staats-schulzwang sei ein Hohn auf eine freie Nation. b) Für die Gemeinde. Hier sei durch das neue Gemeindegesetz ein Schritt zum Bessern geschehen; es gelte nun, daß auch jeder Bürger von seinem Rechte, das zugleich eine Pflicht ist, Gebrauch mache. Von dem Ausfall der Gemeindevahlen wird es abhängen, ob die Bürgergemeinde erhalten oder die Einwohnergemeinde werde eingeführt werden. Die ganze Geschichte des deutschen Bürgerthums spreche gegen die Einwohnergemeinde. Wenn diese eingeführt würde, würde der Bürgernutzen, auf den in vielen Gemeinden viele Bürger angewiesen sind, „herrenloses Gut“ werden, wie Jolly von den Stütungen gesagt habe. c) Für den Kreis. Das Institut der Kreisversammlung mit ihrer beschränkten Kompetenz und der Art, wie die Bezirksräthe gewählt werden, ist keineswegs freiheitlich und die Selbstverwaltung fördernd. Es ist eine Schale ohne Kern. d) Im konstitutionellen Leben des Staates. Direkte Landtagswahlen, wie für das Zollparlament, den Reichstag, wie alle Parteien in Bayern und Oesterreich sie anstreben, werden und müssen auch wir bekommen. Bis dahin müsse man das bekannte Lied auf Baden anwenden und sagen: „Nur immer langsam voran, daß Baden nachkommen kann.“ e) Für die Kirche. Wir zwingen Niemanden katholisch zu denken oder zu sein, wir wollen Religions- und Gewissensfreiheit. Wenn Staat und Kirche getrennt würden, dann soll der Staat sich auch nicht in die Kirche einmischen. So lange aber der Staat bei der Wahl des Bischofs und der Domkapitulare etc. und bei Besetzung der Pfarreien mitwirkt, ist die Kirche nicht frei. Der von der Kirche getrennte Staat soll von diesen Dingen seine Hand weglassen, denn es geht ihn nichts an und er versteht nichts davon. Niemand wird zur Beicht, zur Kommunion kommandirt. Wer außer der Kirche steht, hat kein Recht, in kirchlichen Dingen mit-zuhun. Wenn du nicht mehr katholisch sein willst, so trete offen und ehrlich aus der Kirche aus, aber gebrauche deinen Namen als angeblicher Sohn nicht dazu, um deine angebliche Mutter zu unterdrücken!

Die Vertreter der katholischen Volkspartei in der Kammer waren dabei, wo es galt, das Volkswohl zu fördern, Handel, Gewerbe, Bildung und Wohlstand zu heben. Aber wir waren gegen das Militärbudget; dieses ist zu hoch und die lange Dienstzeit des Militärs schädigt Industrie und Landwirtschaft. Aber in diesem Punkte sind unsere „Preußen“ preussischer als die Preußen selbst, denn in Preußen verlangt die Fortschrittspartei Verlängerung der Präsenzzeit. Die Höhe des Militärstandes ruiniert das Volkswohl und gefährdet den Frieden.

Überdies verlange ich eine Reform des Steuerwesens, das bei uns noch weit zurück ist, da bei der unverhältnismäßig hohen Grundsteuer auch noch die Schulden versteuert werden müssen.

Wie will die katholische Volkspartei diesen ihren Grundfragen Geltung verschaffen? Durch alle gesetzlichen Mittel. Heute nennt man uns „Reaktionäre“, morgen „Revolutionäre“ — wir sind keines von beiden. Wir wollen kein Spanien und kein Italien schaffen, wir weichen keine Hinte breit vom Wege des Gesetzes ab. Darum Ausdauer in der gesetzlichen Arbeit für unser Recht und unsere Freiheit.

Herr Le n d e r sprach mit einer Klarheit und Ueberzeugungskraft, mit solcher Offenheit und Begeisterung, daß alle Vorurtheilslosen tiefen Eindruck empfingen und die Versammlung sehr oft durch donnernde Bravo's ihre Zustimmung zu erkennen gab. (Schluß folgt.)

Berlin, 8. Juli. (Köln. V. 3.) In unsern maßgebenden, wie in sonstigen politischen Kreisen und auf der Börse wird die Situation, welche durch die spanische Thronfrage geschaffen wurde, immer noch als bedenklich bezeichnet. Es schlägt wenig, wenn auf die diplomatische Intervention der Mächte, auf den Abbruch der Beziehungen zwischen Paris und Madrid oder auf die Zurückziehung Prim's in Sachen der Thronkandidatur des Prinzen Leopold hingewiesen wird. Thatsächlich steht fest, daß die Freunde der hiesigen Regierung dafür halten, die Abmachungen zwischen der spanischen Regierung und dem Prinzen seien unter der Genehmigung des Königs abgeschlossen worden und ein Rückzug beiderseits wäre jetzt unmöglich. Für Prim sei die Kandidatur des hohenzoller'schen Prinzen eine Rettung vor der Gefahr gewesen, den Prinzen von Asturien durch den Einfluß Napoleons auf den Thron Spaniens gesetzt zu sehen. Er könne nicht zurück und Graf Bismarck wolle es nicht, weil die Kombination unseres Premiers den Einfluß Preußens in einer Weise geltend mache, der seiner heutigen Weltstellung würdig ist. Was hier noch sonst an Gerüchten circulirt, unterlasse ich zu melden. Gewiß ist nur, daß die Kriegsbesürchtungen von den Alarmisten der Börse nicht ohne Erfolg ausgenutzt werden.

Berlin, 8. Juli. Preußen ist keinesfalls Willens, wegen der spanischen Thronfrage mit Frankreich sich zu überwerfen. Man staunt hier über das Uebermaß von Erregtheit, in das sich das Pariser Cabinet hat hineinreißen lassen, steht aber nicht an, durch streng objektive Darlegung des Sachverhalts die kaiserliche Regierung über die bisherige wie die zukünftige Intention Preußens vollständig zu beruhigen, davon ausgehend, daß die spanische Angelegenheit erst dann zu eingehender Diskussion sich eigne, nachdem die Cortes werden gesprochen haben. Man spricht in Regierungskreisen dem entstandenen Konflikt jede Tragweite rundweg ab. Bismarck bleibt in Varzin; Reudell hat sich dorthin begeben, um den Minister bei der diplomatischen Korrespondenz, die wahrcheinlich in nächster Zeit besonders stark anwachsen wird, Dienste zu leisten. Von einer Konferenz der Mächte zu einem Spruch über die spanische Thronkrisis weiß hier Niemand etwas; die Idee gehört vorerst allein der französischen Regierung an, die, wie vermuthet wird, Fiasko machen dürfte, wenn sie versuchen sollte, Andere dafür zu gewinnen. (F. 3.)

Berlin, 9. Juli. Die „Kreuzzeitung“ enthält einen Artikel über die spanische Thronkandidatur. Sie mißbilligt entschieden die Äußerungen des Herzogs v. Grammont. Der französische Minister des Aeußern müsse wissen, daß weder König Wilhelm, noch Preußen, noch der norddeutsche Bund ein Interesse daran habe, wenn ein Prinz von Hohenzollern den spanischen Thron besteige. Der Minister des Aeußern einer befreundeten Macht dürfe Preußen nicht beschuldigen, daß es das Gleichgewicht Europa's störe. Der Herzog v. Grammont wisse übrigens, daß der Prinz von Hohenzollern kein königlich preussischer Prinz sei. Der König habe, wie gemeldet, abgerathen; nehme der Prinz die spanische Krone aus der Wahl der Cortes an, warum sei dann die spanische Nation zu schulmeistern? Würde der Prinz durch die Wahl der Cortes König von Spanien, so sei den Spaniern aufrichtig dazu Glück zu wünschen. Im Uebrigen aber geht uns die Sache weiter nichts an. Wir hoffen, Frankreich werde bald die neutrale Stellung Preußens in dieser Frage richtig würdigen.

Em's, 9. Juli. Die Königin von Preußen ist heute Vormittag hier eingetroffen. — Der kaiserlich französische Botschafter am königl. Hofe, Benedetti, ist gestern Abend von Wilddab hier angekommen.

Mainz, 9. Juli. Gestern Mittag blieben in Folge des anstrengenden Uebungsmarsches eine ganze Zahl erschöpfter Soldaten vor Weisenau liegen. Passanten zählten allein auf der Laubenheimer Chaussee 81 Mann. (Zwei Mann von der 9. und 1. Compagnie sollen den großen Anstrengungen erlegen sein.)

München, 9. Juli. Die Abgeordnetenkammer hat die Advokaten-Ordnung mit der Bestimmung, daß sie 30 Tage nach ihrer Verkündung in Kraft treten soll, mit 97 gegen 24 Stimmen angenommen.

Der pfälzische Abgeordnete, Appellationsgerichtsrath Umbischiden, ist heute nach langem Leiden gestorben.

Wien, 9. Juli. Gegenüber dem „Journal de Paris“, welches den Prinzen von Asturien als den Kandidaten Frankreichs und Oesterreichs bezeichnete, bemerkt die „Wiener Abendpost“, daß diese Behauptung,

soweit sie Oesterreich berühre, vollkommen unzutreffend sei. Oesterreich habe der spanischen Thronfolge immer fern gestanden und stehe ihr auch gegenwärtig fern. Dasselbe Blatt bezeichnet die Zeitungsmeldung von der angeblichen Verletzung der Feldbatterien und Munitionskolonnen auf den Kriegszustand als jeder Begründung entbehrend.

General Gablenz nimmt seine Entlassung, angeblich in Folge des Fupleidens, das er sich durch einen Sturz vom Pferde (in Ugram) zugezogen.

Ausland.

Paris, 9. Juli, 3 Uhr 55 Min. Ohne daß bestimmte Nachrichten dazu mitwirken, herrscht hier große Besorgniß, daß es zum Kriege kommen werde. Rente 69. 30. Nach der Börse war wegen der Ausflüchte Preußens die Meinung vorherrschend, Napoleon wolle Krieg.

† **Brüssel, 6. Juli.** Gestern fand bei dem Marquis de Rodés eine Versammlung der Mitglieder der Rechten aus dem Senat und der Deputirtenkammer statt. Wie das „Bien Public“ berichtet, wurde der einhellige Beschluß gefaßt, das neue Cabinet kräftig zu unterstützen, und ebenso einstimmig anerkannt, daß die Auflösung der beiden Kammern durch die Verhältnisse gefordert werde, sowie den Appell an die Wähler in möglichst kurzer Frist eintreten zu lassen. Ker-vyn de Lettenhove, der Minister des Innern, gab Namens des Cabinets folgende Erklärung ab: „Die Regierung will den ungefälschten und freien Ausdruck der Wünsche des Landes kennen. Allen öffentlichen Beamten wird zu dem Ende in unzweideutiger Weise bedeutet werden, als solche vollkommene Neutralität zu bewahren und sich jeder Beeinflussung in diesem oder jenem Sinne zu enthalten.“ Das gelegentlich der Wahlen aufzustellende politische Programm zu formuliren, stellte man nach lebendigem Austausch der Meinungen dem Cabinet anheim.

Brüssel, 9. Juli. Die „Independance“ erklärt die Behauptung französischer Blätter: der König der Belgier habe sich während seines Aufenthaltes in London mit der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern beschäftigt, für eine Verläumdung. Der König habe die Unterhandlungen erst aus ausländischen Zeitungen und lange nach seiner Rückkehr aus London erfahren.

Brüssel, 9. Juli. (W. B.) Der „Moniteur belge“ meldet, daß der Senat und die Präsentantenkammer aufgelöst sind. Die neuen Wahlen finden am 2. August d. J. statt und sind die neuen Kammern auf den 16. August einberufen.

Brüssel, 10. Juli. Der amtliche „Moniteur belge“ dementirt in bester Form die Versicherung der „France“, daß der König Leopold sich in die Unterhandlungen mit dem Prinzen von Hohenzollern wegen der Bewerbung um den spanischen Thron eingemischt habe.

Wesl, 8. Juli. Der Kaiser übernimmt die vom Landtage gestrichenen 54,507 fl. Pensionen auf die Civilliste. Aus Siebenbürgen kommen Berichte über neue großartige geheime Pferdeeinkäufe für die rumänische Armee in Rußland und Bessarabien. Der Minister für Kultus bewilligte den orthodoxen Juden einen eigenen Kongreß hier nächstens abzuhalten. In Rumänien droht eine Revolution jeden Augenblick auszubrechen. Die Tage der Regierung des Fürsten Karl sollen gezählt sein. (N. Fr. Pr.)

Lemberg, 8. Juli. Die galizischen Landgemeinden wählten 25 Ruthenen (darunter 13 Geistliche), 16 Gutsbesitzer, 7 Beamte, 20 Bauern, davon acht ruthenische.

Madrid, 8. Juli. Der „Impartial“ veröffentlicht eine Erklärung des Herzogs von Sagosta an den französischen Gesandten in Madrid Mercier de Lostende. Der Herzog beklagt sich, daß die französische Regierung sich fortlaufend allen Kandidaturen widersetzt habe und nur den Infanten Alphons begünstige. Der Herzog stellt es in Abrede, daß Spanien der preussischen Politik folge, bedauert die Empfindlichkeit Frankreichs und erklärt, daß Spanien sich bemühen werde, die Projekte, welche es für angemessen erachte, zu einem guten Ende zu bringen, ohne daß der Wunsch nach Erhaltung des Friedens Spaniens seine Würde und sein Recht, sich in vollkommener Unabhängigkeit neu zu konstituiren, vergessen lassen werde.

London, 7. Juli. Die Regierung hat im Unterhause erklärt: daß sie bis jetzt keine Bestätigung der Nachricht von der Ermordung englischer und französischer Unterthanen in Peking erhalten habe.

× **Karlsruhe, 11. Juli.** Morgen, Dienstag Abend tritt eine totale Mondfinsterniß ein, beginnend 9 Uhr 16 Min. — total 10 Uhr 16 M. bis 11 Uhr 56 M. — Ist bei uns während ihres ganzen Verlaufes sichtbar.

Nassau, 8. Juli. Großer Sieg! Bei der heute in Bühl stattgefundenen Bürgermeistervwahl ist Hr. Conrad mit Glanz — durchgefallen. Hr. A. Schütt, der von der kath. Volkspartei vorgeschlagene Kandidat, wurde mit 199 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Die Nationalliberalen im Vereine mit der Judenschaft, w. l. c. Bestere wie ein Mann für Conrad eintraten,

hatten Alles aufgehoben, um ihren Kandidaten durchzubringen. Doch vergebens! Die bange Ahnung, die Hr. Conrad bei der Debatte über das neue Gemeindegesetz beschlichen und ihn veranlaßte, gegen dasselbe zu stimmen, ist nun zur Wahrheit geworden. Wenn er jetzt wieder Bürgerabende veranstalten sollte, kann er, um etwaige ungläubige Zuhörer von der Wahrheit der „neuen Errungenschaften“ zu überzeugen, sich selbst als Opfer derselben vorstellen. Nun, es hat vielleicht auch sein Gutes. Der Herr, ohne jede bessere Schule kann jetzt seine freie Zeit, die er durch den Wegfall der bürgermeisteramtlichen Funktionen gewinnt, damit ausfüllen, daß er die Kellnerinnen über die Fragen des Reichthums im Reichthumle examinirt. (N. A.)

Neueste Post.

* **Paris, 8. Juli, Nacht.** Die Sprache der Journale ist allgemein kriegerisch; sie betrachten die Lage als sehr ernst.

Die „France“ weist die Behauptung der preussischen Journale, das Cabinet von Berlin sei der Angelegenheit des Hohenzollern fremd, zurück und sagt: Es ist eine wahrhafte diplomatische Verschwörung, angezettelt von Prim und Bismarck. Sie erinnert an die früheren Einfälle Preußens und schließt mit den Worten: „Fort mit allen Ausflüchten. Wenn Preußen, weil seine Absichten vereitelt wurden, sie leugnet und sich hinter die Behauptung der Unwissenheit flüchtet, so ist es gut, daß alle Welt weiß, es sei vor den Folgen seines Ehrgeizes einfach zurückgewichen an dem Tage, wo Frankreich aus seiner Ruhe sich vor ihm aufrichtete.“

Der „Moniteur univ. rel.“ zeigt, daß Prim und Bismarck verbündet sind, um den Frieden Europa's zu stören, und sagt, Frankreich habe nur die Rolle des Verteidigers der völkerrechtlichen Rechte und Gerechtigkeit zu erfüllen. Er rath der Regierung, nicht einen Schatten von Zögerung zu zeigen. Das Land sei mit ihr, und Europa gebe ihr Recht.

* **Paris, 9. Juli, Nacht.** Die „France“ sagt: Da noch keine Mittheilung von Preußen nach Paris gelangt ist, hat die Regierung Benedetti beauftragt, nach Em's zu gehen und eine Antwort vom König zu verlangen. Diese Antwort wird am Sonntag Abends oder am Montag früh erwartet. Ist sie nicht befriedigend, so werden sofort militärische Maßregeln ergriffen. Die Vorsichtsmaßregeln sind schon jetzt getroffen. Sobald die diplomatische Lösung bekannt ist, wird die Regierung der Kammer die Situation und ihre Entschlüsse mittheilen und Subsidien verlangen.

Man versichert, die spanische Notifikation von Leopold's Annahme sei überall kalt aufgenommen worden, ausgenommen in Belgien.

Man versichert, Preußen werde heute Beschluß fassen. **Paris, 10. Juli, Nachmittags.** Die Unterhandlungen zwischen Paris und Em's dauern fort, man kann die Lösung noch nicht vorhersehen. Rente 69. 95.

† **Paris, 10. Juli.** Der „Phare de Loire“ theilt mit, daß die Matrosen und Marinisoldaten den Befehl empfangen haben, sich nach V'Orient zu begeben. Das französische Mittelmeergeschwader, gegenwärtig in den sicilianischen Gewässern, hat die Weisung erhalten, sich am 10. d. auf der Rhede von Palermo einzufinden, um weitere Befehle entgegenzunehmen. Schneider und Krouher wohnten heute dem Ministerrathe bei. Die „Patrie“ sagt, Grammont's Erklärung habe in Dänemark großes Aufsehen erregt; die Truppen im Lager und die Besatzung von Viborg hätten illuminirt.

Der „Courrier de l'Aisne“ sagt, alle beurlaubten Soldaten seien einberufen worden, um unverzüglich zu den Fahnen zurückzukehren. Fast alle Blätter führen eine sehr kriegerische Sprache. Der „Moniteur“ sagt, es sei nicht genug, daß Preußen die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern aufgegeben, es müsse jetzt auch den Prager Frieden erfüllen, das heißt dem Süden Deutschlands volle Freiheit lassen, Mainz räumen, seinem militärischen Einfluß jenseits des Rheins entsagen und die Angelegenheit mit Dänemark ordnen. Die „Patrie“ sagt in Erwiderung auf den Artikel der „Nordd. Allg. Zeitung“, Preußen müsse dem Prinzen von Hohenzollern befehlen, seiner Kandidatur zu entsagen, und der Streit werde alsdann friedlich geschlichtet sein.

□ **Paris, 11. Juli.** Der „Constitutionnel“ vom Sonntage meldet: Die französische Regierung empfing heute eine feste Meinungsäußerung des preussischen Cabinets, welches absolut jedes Interesse betreffs der Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern ablehnt. Der „Constitutionnel“ hält dafür, diese Erklärung könne Frankreich nicht genügen. Der König von Preußen müsse seiner Seits dem Prinzen von Hohenzollern jede Autorisation zur Annahme der Krone verweigern.

Mühlhausen, 10. Juli, Abends. Seit Freitag keine Excesse. Stadt ganz ruhig, nur belebt durch zahlreiche Spaziergänger, untermischt mit Rothhosen. Vor dem Hotel Stadt Basel von 5 bis 6 Uhr Militär-musik; große Volksmenge. Morgen wird nicht gearbeitet. Die Arbeiter verlangen Reduktion der Arbeitszeit von 5 Morgens bis 7 Abends auf die Zeit von 6 Morgens bis 6 Abends mit 1 Stunde Mittagsrast und 25% Lohnerhöhung.

